

## Gewerbliche Entwicklung am Autobahnkreuz OL-Nord

Bebauungsplanentwurf liegt erneut vor.

Erläuterungen zu den umfangreichen Unterlagen wurden uns gegeben.

Die Abwägungsvorschläge zu den Einwänden von verschiedener Seite und die Verwaltungs- und Begründungsunterlagen sowie die Gutachten besagen, dass hier nach wie vor eine Ausweisung als eingeschränktes Industriegebiet zulässig ist.

Wir haben keine Zweifel daran, dass die Arbeit des Fachingenieurbüros und der Verwaltung wie bisher und somit auch hier ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

In den letzten Sitzungen wurden die Argumente ausgetauscht. Auf einiges möchte ich noch einmal eingehen:

Das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises ist nicht statisch. Der Ausweisung eines autobahnnahen Industriegebietes als Ergänzung zum dort vorhandenen Gewerbegebiet mit seinen bestehenden Vorbelastungen ist hier abgeprüft worden. Die Belange der Raumordnung werden hier nicht beeinträchtigt. Dieses ist mit den Fachbehörden abgestimmt worden und wird als vertretbar angesehen.

Vorgesehen ist bekanntermaßen ein eingeschränktes Industriegebiet, in dem sowohl für Tag- als auch für Nachtbetrieb maximal zulässige Schallemissionen gelten werden, um die Schutzansprüche der nächstgelegenen Wohnbebauung zu wahren.

Unternehmen in einem eingeschränkten Industriegebiet produzieren nicht automatisch Lärm und sorgen auch nicht von vorn herein für Luftverschmutzung. Strenge Umweltauflagen und das Bundesimmissionsschutzgesetz sind hier zu beachten.

Als Resümee auf die zurzeit laufende Diskussion lässt sich für uns feststellen, dass selbst bei vielen Kritikern des Projektes eine Ausweisung als Gewerbegebiet akzeptabel ist.

Hierzu ist anzumerken:

Sowohl bei einem Gewerbegebiet als auch bei einem Industriegebiet

- muss rund 10 ha Nutzwald an der B 211 gefällt werden  
(eine Teilfläche wurde nicht erworben und wird somit auch nicht angetastet. Auch die so genannte Wallhecke bleibt überwiegend erhalten)
- sind die zu erwartenden, aber derzeit nicht vorhersagbaren, Verkehrsbelastungen durch Lkws und Pkws gleich
- wird ein Einschnitt in das Landschaftsbild bei gleichzeitiger Kompensation (mit den Fachbehörden abgestimmt) erfolgen
- werden die feststehenden Schutzansprüche der Bürger nicht berührt  
(die für die benachbarte Wohnbebauung geltenden Grenzwerte für alle Arten an Immissionen gelten also absolut gleich)

Bei genauem Hinsehen ist als besonderer Vorteil eine bessere Betätigungsmöglichkeit für die Unternehmen zu nennen, nämlich das Angebot bzw. die Möglichkeit, nachts Fahrzeuge auf dem Betriebsgelände zum Be- oder Entladen zu bewegen, was in einem Gewerbegebiet so nicht zulässig wäre. Beispielfhaft seien hier nur Unternehmen wie Brötje-Heizung, Büfa, Nordmilch oder auch andere Unternehmen aus der Lebensmittelbranche genannt, die eine Ausweisung als eingeschränktes Industriegebiet benötigen. Die genannte Offerte muss selbstverständlich nicht von den ansiedlungswilligen Betrieben ausgenutzt werden, sondern stellt eine Option dar.

Wir sehen es als vernünftig an, wenn die Gemeinde im Rahmen des rechtlich Zulässigen eine breite Option für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben wählt. Nur so ist es im Wettbewerb zwischen den Städten und Gemeinden möglich, sich mit einem zielgerichteten Angebot herauszuheben und innovative Betriebe mit qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen an unsere Gemeinde binden.

Zu berücksichtigen ist hier, dass die Gemeinde Rastede Grundstückseigentümer der Flächen ist und die politischen Gremien letztendlich über die Vergabe eines Grundstückes an ein Unternehmen entscheiden und sich dieser besonderen Verantwortung natürlich bewusst sind.

Begrünungsmaßnahmen am Rande des Industriegebietes sollten den Unternehmen individuell überlassen werden. Der von der SPD entlang der B 211 geforderte Pflanzstreifen mit einer Breite von 20 Metern ist aus unserer Sicht wirtschaftlich nicht darstellbar.

Diese Fläche wird man an Betriebe nicht verkaufen können. Damit einhergeht, dass diese Fläche dauerhaft im Besitz der Gemeinde Rastede verbleiben würde, was zusätzliche Unterhaltungskosten mit sich bringt und obendrein den Verkaufspreis der bebaubaren Grundstücke erhöht. Das wird sich wiederum negativ auf die Nachfrage auswirken.

Immer wieder wird die Fläche mit den Bäumen zwischen dem Schafjückenweg und der B 211 neben dem vorhandenen Gewerbegebiet angesprochen. Diese Fläche stand bei der Ausweisung des dortigen Gewerbegebietes seinerzeit nicht zur Disposition. Ein versuchter Vergleich hiermit kann somit nicht vorgenommen werden.

Die sich mit diesem B.plan jetzt bietende Chance wollen wir schon allein aus Gründen der Zukunftsvorsorge ergreifen, um dem demografischen Wandel entgegen wirken zu können, denn Bevölkerungs- und Beschäftigungszuwachs gehören unmittelbar und untrennbar zusammen!

Mit dieser strukturpolitischen Entscheidung können wir bei der Umsetzung dann den hohen Standard und die Vielzahl unserer öffentlichen Einrichtungen aufrechterhalten sowie unseren Bürgerinnen und Bürgern auch künftig wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze bieten.

Wir werden der Vorlage somit zustimmen.